



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft / Senat der Freien Hansestadt Bremen ; Bürgerschaft Bremen 1952

20.02.1952 - Beschlüsse der Bürgerschaft

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Inhaltsverzeichnis:

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 1952.
Ersatzwahl für ein ausgeschiedenes Mitglied des
Beirats beim Ortsamt Oberneuland S. 27

Beschlüsse der Bürgerschaft vom 20. Februar 1952 ... S. 27

Mitteilung des Senats

vom 15. Februar 1952.

Ersatzwahl für ein ausgeschiedenes Mitglied des Beirats beim Ortsamt Oberneuland.

Für das ausgeschiedene Mitglied beim Beirat des Ortsamts Oberneuland, Robert Eschrich, ist eine Ersatzwahl erforderlich geworden. Die SPD als die gemäß § 17 des Gesetzes über Ortsämter und Außenstellen der bremischen Verwaltung vom 9. Juli 1951 (Brem. Ges.-Bl. S. 51) zuständige politische Organisation hat für die Ersatzwahl den

Regierungsrat i. R. Wilhelm Schmidt, geboren am
8. März 1883, wohnhaft in Bremen-Oberneuland,
im Holze 34,
vorgeschlagen.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle die Ersatzwahl dem Vorschlage entsprechend vornehmen.

Beschlüsse der Bürgerschaft

vom 20. Februar 1952.

A. Tagesordnung der Stadtbürgerschaft.

1. Mitteilung des Senats vom 22. Jan. 1952:

Hintere Baulinien in der Rembertistraße 61—73.
Die Stadtbürgerschaft stimmt der Vorlage des Senats zu.

2. Mitteilung des Senats vom 1. Febr. 1952:

2. Gebührenordnung für die Inanspruchnahme der Feuerwehren der Stadtgemeinde Bremen und ihrer Geräte.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Gebührenordnung für die Inanspruchnahme der Feuerwehren der Stadtgemeinde Bremen und ihrer Geräte zu.

3. Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Bürgermeister-Smidt-Straße, Birkenstraße und Contrescarpe.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Vorlage des Senats zu.

4. Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Sögestraße — Schlüsselkorb — Katharinenstraße und Queerenstraße.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Vorlage des Senats zu.

5. Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Pieperstraße — Oberrstraße — Am Markt — Langenstraße.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Vorlage des Senats zu.

3. Wahlen in die städtischen Deputationen.

Aus der Deputation für Berufs- und Fachschulen scheidet aus Herr Heinrich Kistner.

Es ist gewählt Herr Karl Johannsen, Bremerhaven-G., Rudolfstraße 8.

4. Wahl von 8 Mitgliedern in den Sonderausschuß für Parzellenfragen.

(Beschluß der Stadtbürgerschaft vom 19. Dezember 1951 Ziffer 11 S. 188).

Es sind gewählt

Herr Josef Böhm, Bremen, Delmestr. 150,

Herr Heinz Meyer, Br.-Huchting, Moorriemer Str. 12,

Herr Wilhelm Krüger, Bremen, Bruchhauser Str. 16,

Herr Wilhelm Pohlmann, Bremen, Metzger Str. 76,

Herr Friedrich Behrens, Br.-Oberneuland, Hodenberger Straße 62,

Herr Willy Neumann, Bremen, Bachstr. 27,

Herr Heinrich Schröder, Br.-Huchting, Kirchhuchtinger Heerstraße 159.

5. Antrag 48.

Die Stadtbürgerschaft wolle beschließen:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, das Personalamt zu beauftragen, Bericht zu erstatten über die Durchführung des durch die Bürgerschaft beschlossenen Antrages, betreffend Erhöhung der Gehälter der ledigen und verheirateten Junglehrer und -lehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrage zu.

B. Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag).

1. Mitteilung des Senats vom 18. Jan. 1952:

**Besoldungsdienstalter für die erfolgreich entnazifizierte
Ruhestandsbeamten.**

Die Bürgerschaft nimmt die Mitteilung des Senats dankend entgegen.

2. Mitteilung des Senats vom 1. Febr. 1952:

**1. Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Personal-
ausweise.**

Die Bürgerschaft stimmt dem Ausführungsgesetz in einer Lesung zu.

**3. Wahl von 5 Mitgliedern und deren Stell-
vertreter in den Richterwahlausschuß,**

(Art. 136 Abs. 1 der Landesverfassung der Freien Hanse-
stadt Bremen).

Es sind gewählt als Mitglieder

Herr Alfred Balcke, Bremen, Möckernstr. 45,
Frau Wilma Landwehr, Bremen, Langemarckstr. 348,
Herr Johann Steil, Br.-St. Magnus, Vockestr. 9,
Herr Dr. Richard Duckwitz, Bremen, Orleansstr. 50,
Herr Johannes Kaum, Bremen, Werrastr. 9.

Als Stellvertreter

Herr Hermann Engel, Bremen, Langemarckstr. 305,
Herr Oskar Brandes, Bremerhaven, Vierlanderweg 46,
Herr Herbert Schüler, Bremen, Osnabrücker Str. 12,
Herr Dr. Gustav Weiß, Br.-Horn, Herzogenkamp 6,
Herr Helmut Yström, Bremen, Am Dobben 25, III.

**4. Dringlichkeitsantrag Schneider
und Fraktion (DP).**

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, unverzüglich mit der nieder-
sächsischen Landesregierung (Preisbehörde) mit dem
Ziele zu verhandeln, daß preisbehördliche Geneh-
migungen, die das auf niedersächsischem Gebiet liegende
städtische Krankenhaus Drangstedt betreffen, von den
zuständigen bremischen Stellen erteilt werden.

Der Bürgerschaft ist Bericht zu erstatten.

Die Bürgerschaft stimmt dem Dringlichkeitsantrage zu.

5. Neuer Antrag 46.

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, die Vertreter Bremens im
Bundesrat anzuweisen, folgenden Antrag zu stellen:

1. Der Bundesrat beschließt das sofortige Verbot des
Vertriebes von Verbrecher- und Gangsterliteratur so-
wie aller phonographischen Schriften.
2. Das sofortige Verbot der Aufführung von Wildwest-
und Gangsterfilmen in Westdeutschland.

Dazu

Zusatzantrag Kaum und Fraktion (CDU).

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, sofort geeignete Maßnahmen
zu ergreifen, um den stadtbremischen Straßengrund nur
an solche Zeitungs- und Schriftenhändler zu überlassen,
die sich verpflichten, keine Schundliteratur feilzubieten.

Der Antrag und der Zusatzantrag werden an die Depu-
tation für die Innere Verwaltung und an den Unteraus-
schuß für Jugendfragen bei der Deputation für das Wohl-
fahrtswesen überwiesen.

6. Antrag 47.

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, bei der Bundesregierung vor-
stellig zu werden, daß dem deutschen Seeschiffbau pro
Monat mindestens 26 000 t Bleche zur Verfügung gestellt
werden, notfalls durch handelspolitische Maßnahmen im
Wege der Einfuhr.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage zu.

7. Antrag 49.

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat,

1. allen Kleingärtnervereinen im Lande Bremen, soweit
sie zur Steuerzahlung veranlagt sind, die Steuer-
beträge bis zur endgültigen Regelung auf Bundesebene
zu stunden,
2. die Vertreter Bremens im Bundesrat anzuweisen, eine
Gesetzesvorlage einzubringen, wonach den Klein-
gärtnervereinen die steuerliche Gemeinnützigkeit zu-
erkannt wird.

Der Antrag wird an die Finanzdeputation und an den
Sonderausschuß für Parzellenfragen überwiesen.

8. Antrag 50.

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Finanzdeputation
nunmehr anzuweisen, daß der von der Bürgerschaft in
ihrer Sitzung am 2. November 1951 geforderte Bericht
betreffend 20prozentige Teuerungszulage an Ruhestands-
beamte usw., unverzüglich erstattet wird.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage zu.